

# Rektoren warnen vor Schäden für Wissenschaftsstandort

Die Universitätenkonferenz ([uniko](#)) warnt vor einer Schädigung des Wissenschaftsstandortes Österreich, sollten die Pläne der Regierung realisiert werden, das Budget der Universitäten ab 2013 einschneidend zu kürzen. Solche Einsparungen würden zu einer „massiven und nachhaltigen Schädigung der österreichischen Universitäten im Allgemeinen und einem erheblichen Qualitätsverlust der Studien im Besonderen“ führen, heißt es in einer am Dienstag veröffentlichten Resolution der Rektoren. Die Kürzungen würden zu einer Verringerung des Personalstands von etwa 3.000 der derzeit rund 40.000 Lehrenden führen.

Die Unis werden derzeit vom Wissenschaftsministerium informiert, dass es aufgrund der Staatsverschuldung für die nächste Leistungsvereinbarungsperiode 2013 bis 2015 keine Budgeterhöhung, ja nicht einmal eine Budgetanpassung geben werde. Die Rektoren anerkennen, dass eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte eine insgesamt restriktive Budgetpolitik erfordert. Allerdings besteht nach Ansicht der uniko breiter politischer Konsens darüber, dass Investitionen in Bildung und Forschung einen wesentlichen Schlüssel zur nachhaltigen Überwindung der Wirtschaftskrise darstellen, die Unis seit langem deutlich unterfinanziert seien und eine Finanzierung des tertiären Sektors mit etwa zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzustreben sei.

Die aktuelle Haltung der Bundesregierung, die die Rektoren insgesamt für die Bereiche Bildung und Forschung verantwortlich machen, „widerspricht in krasser Weise ihrem eigenen Programm, das ja im Bereich Bildung und Forschung angeblich besondere Schwerpunkte setzen möchte“, kritisieren die Rektoren. In den vergangenen Jahren habe sich die Schere zwischen den budgetären Möglichkeiten und den politisch

definierten Anforderungen an die Universitäten immer weiter geöffnet. So sei es „schlicht unverantwortlich“, den Studierenden eine unbegrenzte Zahl von Studienplätzen in jedem Fach zu versprechen, diese aber nicht einmal ansatzweise zu finanzieren.

Die angekündigte Kürzung der Uni-Mittel in den kommenden Jahren würde „zwingend zu einer Verringerung des Personalstands in der Größenordnung von etwa 3.000 Lehrenden und zu neuerlichen Einschnitten bei der Infrastrukturausstattung führen“. Die Universitäten würden dann „nicht in der Lage sein, den Studierenden eine angemessene Ausbildung und die notwendige Betreuung zu garantieren, geschweige denn, Forschung auf internationalem Niveau zu betreiben“. Den Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten würde dadurch die Sinnhaftigkeit abhanden kommen und folglich der Boden entzogen werden, kritisieren die Rektoren und fordern die Bundesregierung und die Wissenschaftssprecher auf, mit den Unis über die Lösung der anstehenden massiven Probleme zu sprechen

[Hier](#) finden Sie den Standard-online-Artikel